



Autos haben sich in der Coronakrise zum Ladenhüter entwickelt – das ist auch schlecht für die vielen kleinen und mittleren Zulieferer. Für sie drängt die IG Metall auf eine besondere Hilfe des Staates.

Archivbild: Mohssen Assanimoghaddam/dpa

Staatshilfe für Autozulieferer gefordert

Berlin. (dpa) IG Metall, Grüne und SPD machen sich für einen staatlichen Beteiligungsfonds stark, der Mittelständlern in der Autoindustrie zu Hilfe kommen soll. Vor einem weiteren Spitzentreffen mit Branchenvertretern am Dienstag bei Bundeskanzlerin Angela Merkel bestand der bayerische Ministerpräsident Markus Söder auf Kaufanreize auch für Autos mit Verbrennermotor. Der Umweltverband BUND ist strikt dagegen. Die FDP forderte die Bundesregierung auf, ihre „gelenkte Auto-Staatswirtschaft“ zu beenden. Söder sagte der dpa: „Wir können beim Auto nicht auf Zeit spielen. Es handelt sich um den zentralen Lebensnerv unserer Wirtschaft.“ Gerade Zulieferer bauten bereits in größerem Umfang Arbeitsplätze ab. „Daher brauchen wir eine beschleunigte Transformationsstrategie.“

WIRTSCHAFTSNOTIZEN

Mehr als 500 Betrugsfälle wegen Coronahilfen

München. (epd) Die Corona-Pandemie ruft offenbar auch etliche Betrüger auf den Plan. Alleine in Bayern laufen – Stand Mitte Juli – mindestens 537 Ermittlungs- und Vorermittlungsverfahren zu Anträgen auf Corona-Soforthilfen des Bundes und des Freistaats, teilte das bayerische Justizministerium dem Evangelischen Pressedienst (epd) mit. Die ausgezahlte Schadenssumme lag Ende Mai bei ungefähr 1,7 Millionen Euro.

Bahn lockt junge Leute mit ermäßigten Tickets

Berlin. (dpa) Die Deutsche Bahn buhlt um junge Kunden und bietet ihnen für den Fernverkehr eine Million ermäßigte Fahrscheine an. Reisende im Alter bis zu 26 Jahren können sie ab 12,90 Euro für ICE-Fahrten in der zweiten Klasse erwerben, wie ein Unternehmenssprecher am Sonntag in Berlin erläuterte. Der jeweilige Preis hänge von Strecke, Zeitpunkt und Auslastung der Züge ab. Reisen seien dann bis Ende April 2021 möglich. Zuvor hatte die Zeitung „Bild am Sonntag“ darüber berichtet.

Joe Kaeser: Bereue die meisten Tweets nicht

München. (dpa) Siemens-Vorstandschef Joe Kaeser steht zu seinen Tweets über politische Vorgänge. „Die allermeisten meiner Tweets bereue ich nicht. Das heißt nicht unbedingt, dass ich sie wieder machen würde“, sagte der 63-Jährige den „Nürnberger Nachrichten“. „Ich halte es für wichtig, dass man sich bei bestimmten Themen positioniert. Da muss man dann aber auch mit den Konsequenzen leben.“ Wenn



Siemens-Chef Joe Kaeser.

Bild: Kay Nietfeld/dpa

man sich gegen Rassismus ausspreche, sei das „durchaus mehrheitsfähig“. „Man muss aber aufpassen, weil bestimmte Wählergruppen auch Konsumenten sind. Jetzt verkaufen wir keine Autos oder Turnschuhe – das macht es einfacher.“ Kaeser äußert sich immer wieder zu aktuellen politischen Themen, darunter zur Seenotrettung oder zu Rassismus.

Externe Berater für Bafin-Reform

Berlin. (dpa) Das Bundesfinanzministerium will eine private Beratungsgesellschaft zur Reform der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) einschalten. Die externe Beratung soll unter anderem „konkrete, kurzfristig umsetzbare Empfehlungen zur Optimierung von Prozessen, der Organisationsstruktur und der Ressourcenausstattung der Bafin erarbeiten“, heißt es in einer Antwort des Bundesfinanzministeriums auf eine Anfrage der FDP-Fraktion im Bundestag. Hintergrund sind die Versäumnisse bei der Aufdeckung des Wirecard-Bilanzskandals.

75 Jahre Bayerischer Bauernverband: „Wir haben eine herausfordernde Zeit“

Der Bayerische Bauernverband wird 75. Sein Präsident sieht in der Coronakrise Parallelen zur Zeit kurz nach Kriegsende – und wünscht sich mehr Unterstützung.

Von Christof Rührmair, dpa

München. 75 Jahre nach seiner Gründung am 7. September 1945 sieht sich der Bayerische Bauernverband in einer „herausfordernden Zeit“. Zwar gebe es von der Politik Lippenbekenntnisse für die regionale Landwirtschaft. Doch wenn es um konkretes Handeln gehe, gebe es „noch deutlich Luft nach oben“, sagte Bauernpräsident Walter Heidl. Dabei helfe Corona, die Bedeutung einer eigenständigen Landwirtschaft zurück ins Bewusstsein zu holen: „Was wir momentan erleben, ist ein Stück weit eine Parallele zur Zeit vor 75 Jahren: Dass nämlich aufgrund der Corona-Situation die eigene Versorgung mit eigenen regionalen, hochwertigen Lebensmitteln ein Thema ist.“ Zu sehen, dass die Landwirtschaft in diesem Zusammenhang als systemrelevant herausgestellt werde, tue gut.

Heidl sieht viel Handlungsbedarf: Zu billig verkaufte Lebensmit-

tel, Bürokratie, die gerade die für Bayern typischen kleineren Betriebe besonders treffe oder die Ausgestaltung von Umweltschutzbemühungen – etwa im Nachgang des Artenschutz-Volksbegehrens „Rettet die Bienen“. Bei Letzterem dürfe nicht nur die Landwirtschaft in den Fokus genommen werden, betonte Heidl. Er sehe nicht, dass gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen, Kommunen oder anderen Teilen der Wirtschaft konkrete Forderungen gestellt würden.

„Politik vom Zeitgeist gemacht“

Für den Bauernverband werde es „immer mühsamer“, die Interessen der Landwirte einzubringen. Das liege nicht nur daran, dass es inzwischen weniger Bauern gebe, sondern auch daran, dass die Politik immer mehr „vom Zeitgeist gemacht“ werde, sagt Heidl. Man müsse zunehmend daran arbeiten, der Bevölkerung zu erklären, wie die Landwirtschaft funktioniere, und der Verband versuche, Distanz zur Bevölkerung abzubauen.

Zu Initiativen wie „Land schafft Verbindung“ sagt Heidl, man sei im Gespräch und habe gemeinsame Ziele. „Das ist entstanden auch aus dieser Verärgerung heraus, dass man den Eindruck hat, dass die Politik zu wenig reagiert auf die Pro-



Walter Heidl, Präsident des Bayerischen Bauernverbandes, steht in einem Getreidefeld.

Archivbild: Sven Hoppe/dpa

bleme, die da sind.“ Von radikaleren Strömungen grenzt sich Heidl ab. „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in eine Ecke gedrängt werden“, sagt er. Man habe berechtigte Anliegen, die müsse man kommunizieren: „Radikalität bringt uns nicht weiter.“

Rund 106 000 bäuerliche Betriebe

Das Markenzeichen der bayerischen Bauern sei Vielfalt, sagt Heidl. „Und Vielfalt stabilisiert.“ Für die Zukunft

wünsche er sich, dass das Modell der bäuerlichen Familienbetriebe bestehen bleibe. Und dieses Modell sei auch dasjenige, das am besten auf verschiedene Entwicklungen reagieren könne – und deswegen Zukunft habe.

Laut Bauernverband gibt es in Bayern rund 106 000 bäuerliche Betriebe. Im bundesweiten Vergleich sind sie relativ kleinteilig strukturiert. Fast zwei Drittel betreiben die Landwirtschaft im Nebenerwerb.

DIE BÖRSENKOLUMNE VON ROBERT BEER

Wie lange spielt die Musik noch?

Die Musik an den Börsen spielt derzeit vor allem an der Wall Street in Amerika. Angetrieben von den großen Technologiewerten, werden fast täglich neue historische Höchstkurse markiert. Im Windschatten folgen mehr oder weniger stark die restlichen Weltbörsen.

Gründe für den Höhenflug gibt es mehrere. Die großen Technologiekonzerne verdienen hervorragend und weiten ihre Geschäfte kräftig aus. Das stimmt die Investoren optimistisch und verbreitet Kauflaune. Zudem ist freies Kapital in Überfluss vorhanden und die üppigen Konjunkturprogramme entfalten ihre Wirkung. Dass die Schuldenberge wachsen, interessiert im Moment niemanden. Die Liquiditätsschwemme wird durch die Notenbanken

weiter befeuert. Zuletzt hat die amerikanische Notenbank Fed signalisiert, dass sie noch sehr lange expansiv bleiben möchte. Die Realwirtschaft zieht nach dem Pandemie-



schock wieder an. Das Ganze vollzieht sich vor dem Hintergrund, dass der Schrecken von Corona nachlässt.

Einen weiteren Rückenwind erhalten die Börsen von den sich verdichtenden Hoffnungen auf bald zur Verfügung stehende Impfstoffe. Viele Staaten rüsten sich bereits mit entsprechenden Vorbestellungen für ihre Bürger. Wahrscheinlich werden die Impfstoffe in etwa drei bis

sechs Monaten zur Verfügung stehen. Auch wenn die Impfstoffe über entsprechende Nebenwirkungen verfügen werden, so wird doch die große Sorge vor Covid 19 markant nachlassen und entsprechend schnell an Bedeutung verlieren. Diese Entwicklung könnte mit der vorhandenen Überliquidität und der expansiven Fiskalpolitik zu einem kräftigen Optimismus bei den Bürgern und Unternehmen und schließlich zu kräftig steigenden Börsen führen.

Etwas verwundert zeigen sich viele Marktteilnehmer zuletzt über die Stärke des Euro gegenüber dem Dollar. Selbst die EZB zeigt sich besorgt über die plötzliche Stärke der Gemeinschaftswährung, da dadurch die Exportindustrie Gegenwind bekommt und der von der EZB und den Regierungen erhoffte Anstieg der Inflationsrate ausbleiben könnte. In den USA gab es jahrelang deutlich

höhere Zinsen als in Europa. Dieser Vorsprung ist zuletzt deutlich abgeschmolzen und dadurch hat der Dollar an Attraktivität eingebüßt. Zudem wird aktuell etwas Unsicherheit gegenüber den USA wegen der bevorstehenden Wahl und einem bedenklicheren Verlauf der Pandemie in den USA eingepreist. Zudem steigt die Verschuldung in den USA noch schneller als in Europa.

Nach dem deutlichen Anstieg der Aktienmärkte der letzten Monate dürfte es in den nächsten Wochen aber immer wieder zu Gewinnmitnahmen und Rücksetzern kommen, die gute Gelegenheiten für neue Investments bieten.

Robert Beer ist Fondsmanager und Inhaber der Robert Beer Investment GmbH in Parkstein. Als Buchautor befasst er sich zudem seit den 1980er-Jahren mit der Wirtschaft und den Kapitalmärkten.